

# Türkischer Machtkampf in NRW

**ANALYSE** Nordrhein-Westfalen ist ein Schwerpunkt der Auseinandersetzung rivalisierender Gruppen aus der Türkei. Die Wahlkampagne von Staatschef Erdogan könnte die Konflikte anheizen und die innere Sicherheit gefährden.

VON STEFANIE SCHOENE

Die innenpolitisch aufgeheizte Stimmung am Bosphorus schwappt in die Städte an Rhein und Ruhr. Die türkische Regierungspartei AKP ruft zur Vernichtung der Gülen-Anhänger auf. Diese wiederum gängeln interne Kritiker. Währenddessen hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seinen für Freitag geplanten Besuch in Deutschland abgesagt, weil sich beide Seiten angeblich nicht auf gemeinsame Themen und Termine einigen konnten.

Ein Grund für die Absage ist offenbar Mustafa Açıkgöz, AKP-Abgeordneter des türkischen Parlaments. Vor Kurzem redete er auf einem Parkplatz in Neuss. Im Hintergrund war das Vereinsheim des Türk Kültür Ocakı (Heimstatt türkischer Kultur) zu sehen. Açıkgöz' Wahlkreis ist Nevşehir, den AKP-Bürgermeister dieser Stadt hatte er mitgebracht. Der Verein hinter dem Parkplatz ist Teil der rechtsradikalen, vom Verfassungsschutz beobachteten „Ülkücü“-Bewegung („Idealisten“) in Deutschland. Sein Dachverband ist zudem die Auslandsorganisation der rechtsextremen türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), des kleinen Koalitionspartners der AKP.

„So, wie sie in der Türkei kein Lebensrecht haben, werden wir ihnen auch in Deutschland keines zugestehen. Wohin auch immer die Terroristen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und von Fetö (Fethullahistische Terrororganisation, Gülen-Bewegung) geflohen sind, wir werden sie vernichten“, sagt Açıkgöz. Eine Aufzeichnung wurde von ihm selbst auf Twitter verbreitet. „Mit Gottes Hilfe“, fährt er fort, „werden wir sie aus ihren Löchern zerrén.“ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wollte den Vorfall beim Besuch Erdogans ansprechen, mit der bekannten Reaktion des türkischen Staatschefs.

Das Duo aus dem türkischen Nevşehir absolviert ein großes Programm. Es fährt zur Union Internationaler Demokraten (UID, siehe Infobox) in Aachen, tritt bei einem Moscheeverein des Dachverbandes DitiB in Frechen und bei der UID in Köln auf, wo ein weiterer türkischer AKP-Parlamentarier zu ihnen stößt. Die UID-Villa in Köln-Porz ist das Zentrum der europäischen AKP-Anhänger. Von hier wird seit Beginn des Jahres die Werbung für die am 14. Mai in der Türkei stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen koordiniert.

Wie das Auswärtige Amt auf Anfrage erklärt, schätzt es die Auftritte des AKP-Politikers in Neuss als illegale Wahlkampfveranstaltung ein. Politiker und Mandatsträger aus Nicht-EU-Staaten müssen solche Events zehn Tage im Voraus beim Auswärtigen Amt genehmigen lassen. Eine Genehmigung habe nicht vorgelegen.

Konsequenz: Wenige Tage später wurde der türkische Botschafter einbestellt. Hauptziel der AKP-Aggression in Deutschland ist derzeit die Gülen-Bewegung. Sie hatte über einen langen Zeitraum den türkischen Staat unterwandert und 2016 mit ihren Offizieren einen Putsch angezettelt. Das bestätigten aktuelle Untersuchungen der Universität Münster und der Stiftung Wissenschaft und Politik. Über Jahrzehnte hatten sich Anhänger in kleinen Zellen in Armee, Polizei und Gendarmerie organisiert. Der Putsch sollte bedrohte Ressourcen retten und der Ausschaltung durch die AKP zuvorkommen. Er misslang. Mehr als 200 Menschen starben, 2000 wurden verletzt. Die AKP schlug mit aller Härte zurück, der Rechtsstaat blieb auf der Strecke. Gegen 500.000 Menschen wurde ermittelt, 300.000 Lehrer, Juristen, Beamte, Soldaten und Polizisten wurden wegen „Terrorismus“ verurteilt, weitere Zigtausende in die Flucht getrieben, viele auch nach NRW.

## Das Auswärtige Amt schätzt den Wahlkampfauftritt der AKP in Neuss als illegal ein

### INFO

#### Vom Verfassungsschutz bewertete Gruppen

**Ülkücü** Der Verfassungsschutz wertet die Auftritte der AKP und ihres Koalitionspartners MHP als Wahlkampf, um „Stimmung zugunsten der bestehenden Koalition in der Türkei“ zu machen. Die verbreiteten Feindbilder der Ülkücü, der Dachorganisation der rechtsextremen MHP, betreffen vor allem Kurden, Armenier, Juden und Gülen-Anhänger. „Die Ideologie äußert sich vorrangig in der Verherrlichung des Türkentums. Auch Antisemitismus ist ein grundlegender Bestandteil“, heißt es aus dem Verfassungsschutz.

**UID** Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht die Union Internationaler Demokraten in seinem Bericht aus dem Jahr 2021 als „Lobbyverein“ der Türkei und als „den größten staatsbeziehungsweise regierungsnahen Interessenverband“ unter den türkischen Organisationen in Deutschland.

**PKK** Laut NRW-Innenministerium gefährdet die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) trotz des Kurswechsels zur weitgehenden Gewaltfreiheit die innere Sicherheit. Grund: Die PKK verfolge ihre Ziele in der Türkei mit Gewalt und schließe sie auch für Deutschland nicht gänzlich aus.



Erdogan-Anhänger bei einer Kundgebung im Juli 2016 in Köln. FOTO: DPA

Onder Aytac gehört von Kindesbeinen zum persönlichen Umfeld des inzwischen 81 Jahre alten Predigers Fetullah Gülen. Vor seiner Flucht 2014 war Aytac Vizechef der Polizeiakademie in Ankara. In der Türkei wurde er wegen Mitgliedschaft in einer Terrorvereinigung zu elf Jahren Haft verurteilt. Auch seine Eltern mussten wegen ihrer Gülen-Verbindungen fliehen. Von den Vernichtungsauffufen im AKP-Auslandswahlkampf fühlt er sich bedroht. „Wir sind schon ziemlich beunruhigt“, sagt er. Gleichzeitig spricht er jedoch auch über Druck aus der Bewegung selbst. Er kritisiert eine Gruppe von Männern in Deutschland, England und den USA, die die Bewegung unter ihre Kontrolle gebracht haben sollen. Deren Entscheidungen seien mitverantwortlich für den Absturz der Gruppe und der Hunderttausenden von Unschuldigen.

Wie ein selbst gedrehtes Video zeigt, bekam Aytac 2021 Besuch von Samih Akarasu, dem „NRW-Chef“, und Huseyin Karakus, dem „Deutschland-Chef“. Beide hatten einen Brief von Gülen für ihn, wollten ihn aber nicht übergeben, nur vorlesen. Das Schreiben hat er bis heute nicht. Er hält den Besuch für einen Einschüchterungsversuch der Gülen-Leitung in Deutschland. Er sei bei Aytac gewesen, sagt Akarasu auf schriftliche Nachfrage. Jedoch nicht in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratschef des gülennahen „Verbands Engagierte Zivilgesellschaft“ oder NRW-Chef. Auch der Brief existiere. Auf die Frage, warum dieser nicht ausgehändigt worden ist, gibt er keine Antwort.

Ob nun die AKP gegen deren Politiker die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft nach Anzeigen einen Anfangsverdacht prüft, weitere Wahlkampfveranstaltungen machen wird, ist unklar. Die 1,5 Millionen türkischen Wähler in Deutschland sind ein großes Potenzial. Für Erdogan geht es um alles; für die Tausenden Flüchtlinge der Gülen-Bewegung in NRW geht es um Rückkehrproben oder Dauerexil. Eine Eskalation ist nicht ausgeschlossen.